

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 127

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 45,—
monatlich Mk. 15,—

Halver
Donnerstag, den 1. Juni 1922

Zeitungspreis in mm Höhe und 45 mm Breite
60 Hg., auswärts 70 Hg., in Reklamezeit 1 mm hoch
in mm breit 3.00 Mk.
Offerten-Befolgung 3.00 Mk.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Note an die Reparationskommission findet in Paris scheinbar eine befriedigende Beurteilung.
- * Der Reichstag stimmte in einer feierlichen Sonder Sitzung bei einer Trauerkundgebung für Oberschlesien dem Genfer Vertrag zwischen Deutschland und Polen zu.
- * Das bis zum 31. Mai laufende Moratorium wird nach Pariser Meldungen voraussichtlich bis Ende des Jahres verlängert werden.
- * Graf Lerchenfeld äußerte sich im bayerischen Landtag über die Frage der Schuld am Kriege.
- * Im Prager Abgeordnetenhaus wurde der Abschluß eines angeblichen tschechisch-französischen Geheimvertrages gegen Deutschland zur Sprache gebracht.

Kriegsruinen.

Der Strom von europäischen und außereuropäischen Ausländern, der sich in diesem Sommer über Deutschland und andere valuttaschwache Länder Mitteleuropas ergießt, wird von gewissen französischen Organisationen — wenigstens zum erheblichen Teil, in die französischen Kriegsgebiete gelenkt werden, wo dann im französischen Sinne „Ausflüchtungsarbeit“ über das aufbauwillige Deutschland geleistet werden soll. Alle die Ausländer, welche den vieljährigen Leidensweg der deutschen Aufbaubarbeiten nicht kennen, werden aus dem Vorhandensein nordfranzösischer Trümmerstätten zu schließen geneigt sein, daß Deutschland sein im Herbst 1918 gegebenes Versprechen bisher nicht eingelöst habe.

Welche Folgen dies für die öffentliche Meinung in denjenigen Ländern, die für die finanzielle Gesundung Mitteleuropas in Betracht kommen, haben wird, kann man sich schwer vorstellen. Es ist deshalb notwendig, wenigstens in großen Zügen die deutschen Verhältnisse und die Gründe zu prüfen, weshalb Frankreich von der ihm angebotenen deutschen Hilfe einen so spärlichen Gebrauch gemacht hat. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch deutsche Vertreter, nämlich im Juli 1919, ergrieffen die deutschen Gewerkschaften die ersten Maßnahmen zur Vermittlung einer deutschen Mitarbeit beim Wiederaufbau der Kriegsruinen. Sobald die Verhandlungen ein praktisches Ergebnis zu haben schienen, stellten sich jedoch Schwierigkeiten ein und warfen alles bis dahin Erreichte und Vorbereitete über den Haufen. Besonders drastisch ist die Art, wie das anfänglich günstige Abstimmungsergebnis der Geschädigten im Bezirk Besancon-Chaulnes in ein ungünstiges, d. h. in eine Abgabe an die deutsche Mitarbeit umgewandelt wurde, indem unter behördlichem „Schutze“ eine neue Abstimmung vorgenommen wurde. Die Reichsregierung hat zu verschiedenen Malen, u. a. auf der Konferenz zu Spa im Juli 1920, auf der Brüsseler Sachverständigenkonferenz im Herbst 1920, auf der ersten Londoner Reparationskonferenz Anfang März 1921 und später immer wieder in den Reihen führender Staatsmänner die deutsche Bereitschaft zu Aufbauleistungen und Aufbauleistungen ausgesprochen, ohne indessen damit mehr zu erzielen als eine allgemein gehaltene französische Erklärung, die deutschen Vorschläge „wohlwollend“ zu prüfen. Statt dessen verlangt Frankreich, daß wir ihm alle die Summen, welche es selbst zum Aufbau der zerstörten Gebiete aufgewandt hat, in bar vergüten. Aus französischen Quellen wissen wir, wie wenig zweckmäßig und spärlich beim Aufbau der Ruinenfelder vorgegangen ist. Die uns abgeforderten Summen enthalten also einen großen Prozentsatz von Geldern, die ein auf eigenes Risiko arbeitender Staat gewiß gespart hätte.

Der Hauptgrund für die — gelinde gesagt — „Zurückhaltung“ der französischen Behörden gegenüber den deutschen Vorschlägen ist das Bestreben französischer Firmen, die Aufbaubarbeiten in die Länge zu ziehen und möglichst keinen Ausländer daran zu beteiligen. Es kommt den französischen Ausbaugewinnern gar nicht darauf an, daß ihre Landsleute länger, als notwendig ist, in verlassenem Unterständen und Trümmerhaufen hausen müssen, und daß sich an den Kriegsruinen immer wieder der alte Haß der Völker entzündet. Die Amerikaner, von denen viele den Wunsch haben, die Kriegszone kennenzulernen, können sich um die Wiederherstellung des Weltfriedens und um die Schaffung solider Grundlagen für die Finanzierung des europäischen Aufbaus große Verdienste erwerben, wenn sie den französischen Führern durch die Ruinengebiete nicht kritisch folgen, sondern vielmehr das französische Volk daran erinnern, daß seine Regierung einen großen Teil der Schuld daran trägt, wenn noch immer Mauerreste an den furchtbaren Weltkrieg erinnern.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Genehmigung des deutsch-dänischen Vertrages.

Im Reichstag wurde der Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark über das an Dänemark übergegangene norddänische Gebiet genehmigt. Die Abkommen beziehen sich u. a. auch auf das Optionsrecht. Protokollarisch zugesichert sind erleichterte Bahnvorrichtungen für Grenzverkehr. Bezüglich des Verkehrs mit der Insel Sylt verpflichtet sich Deutschland baldmöglichst zum Bau eines Dammes zwischen dem deutschen Festland und der Insel. Die deutsche Eisenbahnverwaltung verpflichtet sich ihrerseits, zum 1. Juni d. J. eine Nachverbindung zwischen Deutschland und Dänemark über Warnemünde und Gjedser einzurichten.

Bessen-Rassaus Treuegelöbnis an das Reich.

Die in Frankfurt a. M. versammelten Vertreter der nassauischen Parteien erklärten einstimmig gegenüber der auch in der letzten Zeit in Nassau stark betriebenen Proba-

gandatätigkeit von Sonderbündlern wie Smeets, Dörten und Genossen und der dadurch hervorgerufenen Beunruhigung der Bevölkerung, daß sie um keinen Preis, selbst nicht um den der Zurückziehung der Besatzungstruppen oder der Verminderung der Kriegslasten gesonnen sind, ihre Treue zum Deutschen Reich und Preußen zu verkaufen. Sie sind fest entschlossen, jedem Versuch einer hochverräterischen Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aufs entschiedenste entgegenzutreten und für alle Zeit mit dem Deutschen Reich verbunden zu bleiben. Dieser Erklärung haben sich angeschlossen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Nassauische Zentrumspartei, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsch-Demokratische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Der Erklärung der nassauischen Parteien schlossen sich die in Mainz versammelten Parteien Hessens, die Demokraten, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und das Zentrum im gleichen Sinne an.

Graf Lerchenfeld und die Schuldfrage.

Der Prozeß Fehrenbach-Eisner hatte eine Interpellation der Deutschnationalen in der bayerischen Kammer über die Kriegsschuldfrage veranlaßt. Graf Lerchenfeld erklärte, eine maßgebende Beantwortung dieser Frage würde die Öffnung der Archive aller am Kriege beteiligten Staaten zur Voraussetzung haben. Gerade in der Schuldfrage klaffen leider noch viele Gegensätze zwischen den deutschen Parteien. Auf die Einheitsfront im eigenen Lande komme es aber heute an. Er begrüße die durch das Prozeßergebnis gewonnene Verstärkung und Vervollständigung der deutschen Einheitsfront gegen den Grundpfeiler des Versailler Unrechts als sehr erheblich; an dieser Einheitsfront sollten wir festhalten.

Ein Notkrei der Presse.

Auf der Tagung der Deutsch-Hannoverschen Presse wurde einstimmig eine Eingabe an den Reichskanzler beschlossen, in der es heißt: „Die Deutsch-Hannoversche Presse bittet dringend, möglichst umgehend wirksame Schritte zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage einzuleiten, in der sich zurzeit die gesamte deutsche Presse befindet. Der deutschen Volksgemeinschaft muß eine ihr unentbehrliche, unabhängige und deutsche Presse erhalten bleiben.“

Die deutsche Note in Paris.

Nach dem Eintreffen der deutschen Note in Paris ist zunächst eine Nachfrage in Berlin nötig geworden, ob man die Note als befriedigend ansieht, weil einzelne Ungenauigkeiten der Überlegung Zweifel in bezug auf die deutschen Vorbehalte entstehen ließen. Die Pariser Blätter versichern einstimmig, daß die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses mit der deutschen Note zufrieden seien. Niemand zweifle mehr daran, daß die Spannung des 31. Mai endgültig beseitigt sei, und daß das provisorische Moratorium in ein endgültiges bis zum Ende des Jahres verlängert wird. Poincaré meint allerdings, der Wiedergutmachungsausschuß könnte die Note „nicht als befriedigend“ anerkennen, falls Deutschland seine Zusagen von der Gewährung einer internationalen Anleihe „in einer bestimmten Höhe und innerhalb einer bestimmten Frist“ abhängig machen sollte.

Subsistenztagung des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat trat zu seiner fünfzigjährigen Subsistenztagung unter starker Teilnahme aus dem ganzen Reich in München zusammen. Vertreten waren das Reichsernährungsministerium, die Regierungen von Preußen, Hessen, Braunschweig, Lippe und Bayern. Reichsernährungsminister Fehr überbrachte die aufrichtigen Glückwünsche der Reichsregierung zur fünfzigjährigen Subsistenztagung. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld übermittelte jene der bayerischen Staatsregierung. Professor Dr. Dade-Berlin sprach über die Agrarpolitik in den letzten fünfzig Jahren. Des weiteren beschäftigte sich die Tagung mit einer Reihe von Wirtschaftsfragen.

Tschecho-Slowakei.

× Französisch-tschechischer Militärvertrag. In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses in Prag erklärte der Abgeordnete Nřích (Deutsche nat.-soz. Arbeiterpartei), wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt werde, habe Dr. Beneš mit Frankreich einen Geheimvertrag geschlossen, in dem er sich verpflichte, im Falle eines militärischen Konfliktes 500 000 Mann gegen Deutschland ins Feld zu stellen.

Aus In- und Ausland.

DA Berlin. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland wegen der Wiederherstellung des 1914 zerstörten deutschen Botschaftspalais in Petersburg haben zu dem Ergebnis geführt, daß eine gemischte deutsch-russische Kommission sich an Ort und Stelle begibt, um die von der russischen Regierung zu zahlende Entschädigungssumme abzuschätzen und festzusetzen.

Berlin. Der Reichspräsident wird zum Besuch der Münchener Gewerbeausstellung am Vormittag des 12. Juni in München eintreffen.

Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschloß, die Krankenversicherungspflicht bis zu einer Verdienstgrenze von 72 000 Mark auszudehnen. Die bisherige Grenze war 40 000 Mark.

Berlin. Im ober-schlesischen Industriegebiet wurden in den letzten Tagen wiederholt Angriffe auf Deutsche durch Polen ins Werk gesetzt.

Danzig. Der apostolische Delegierte der Stadt Danzig, Bischof Mourlet, hat ein Konsistorium errichtet, dem die kirchlichen Angelegenheiten unterliegen.

Budapest. Das amtliche Ergebnis der ungarischen Wahlen in der Provinz liegt jetzt vor: Endgültig wurden gewählt: 83 Regierungspartei, 10 Opposition und zum erstenmal 2 Sozialdemokraten.

Trauerkundgebung für Oberschlesien.

Das Genfer Abkommen vom Reichstag genehmigt.

Halbmast wehten heute die schwarz-rot-goldenen Flaggen auf den vier Ecktürmen des Reichstagsgebäudes in Berlin. Im großen Sitzungssaal erblickte man gegenüber dem Präsidentenplatz lang von der Tribüne herabwärtend ein mächtiges florumsäumtes Banner in den weiß-gelben Farben mit dem schlesischen Adler. Abschiedsfeier herrschte im Hause, denn es galt, im Namen des Reiches den Deutschen in dem verlorenen Teil Oberschlesiens den letzten Gruß der Volksvertretung zuzurufen, während man sich anschickte, dem deutsch-polnischen Abkommen, das kürzlich in Genf abgeschlossen wurde, die verfassungsmäßig notwendige Zustimmung zu erteilen. Der Reichspräsident, der Reichskanzler und Redner aller Parteien legten noch einmal feierlich Protest ein gegen den Rechtsbruch, der an den Oberschlesiern und dem wehrlosen Deutschen Reich begangen wird, aber durch alle Reden klug die Hoffnung durch, daß diesem Trauertage einst eine bessere Zukunft folgt, die die Wiedervereinigung mit den jetzt von uns losgerissenen Brüdern bringt.

(22. Sitzung.)

CB. Berlin, 30. Mai.

Nachdem die erste Lesung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien ohne Debatte erledigt war, folgte sofort die zweite. Dabei wies Berichterstatter Abg. Goetsch (Deutsche) erneut darauf hin, daß der Raub Oberschlesiens einen Bruch des Friedensvertrages bedeutet. Die Genfer Verhandlungen standen unter dem tragischen Zwang für Deutschland, deutsche Kraft und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dem von Deutschland losgerissenen Lande zugutekommen zu lassen im Interesse der deutschen Bevölkerung dieses Landes, die unter polnische Herrschaft gekommen ist. Der Ausschuß rufe den Deutschen in dem jetzt polnisch gewordenen Gebiet zu: Bleibt in diesem Lande! Ruht die großen Rechtsforderungen aus, die hier in mühsamer Arbeit gegeben worden sind! Der Ausschuß empfiehlt die Annahme des Abkommens und weiterhin die Wiederholung der von Dr. Schiffer in Genf und vom Reichstag ausgesprochenen Rechtsverwahrung gegen die Loslösung Oberschlesiens.

Abg. Kossly (Soz.) erklärt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Abkommen und schließt sich dem Protest gegen die Loslösung ober-schlesischen Gebietes an.

Abg. Wüst (Zentr.) erklärt das gleiche für das Zentrum und erwartet von der Entente eine Wiedergutmachung der Schäden, die über die ober-schlesische Bevölkerung unter der Ententebeziehung gekommen sind.

Dann schilderte der Reichskommissar Minister a. D. Dr. Schiffer noch einmal das Zustandekommen der Loslösung und Teilung Oberschlesiens und sagt dazu: Der Gedanke der Völkervereinigung und des Friedens darf nicht dazu benutzt werden, zu Unrecht Recht zu machen. Wir rufen den von uns losgerissenen Völkern zu: Erhält Eure Staatsbürgerschaften unter polnischer Regierung, aber bleibt auch im fremden Lande gute Deutsche!

Als einer der Abgeordneten, die durch die Loslösung Oberschlesiens zu polnischen Staatsbürgern werden, erklärt der Abg. Szceponik-Nicolai-Oberschl. (Zentr.) unter stürmischem Beifall: Wir haben aus Vaterlandsliebe und Rechtsgefühl für Deutschland gestimmt. Der Völkervereinigung hat den Willen der deutschen Mehrheit mißachtet und den lebendigen, einheitlichen Organismus Oberschlesiens zerrissen, aber die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum kann uns kein Nachspruch aus dem Herzen reißen.

Reichskanzler Dr. Wirth

richtete dann Worte des Dankes an die Vertreter, die im Auftrage der Reichsregierung die Verhandlungen in Genf geführt haben. Sie haben sich von dem Gedanken leiten lassen, daß in Mitteleuropa Ruinen genug geschaffen sind, und daß es jetzt gilt, die Volksträfte schonend zu behandeln und zerstörtes wieder aufzubauen. Der Dank müsse jedoch ausgedehnt werden auf die Gesamtheit der ober-schlesischen Bevölkerung. Was diese Bevölkerung erduldet hat im Laufe dieser Jahre, ist ein Leidensweg gewesen, der hervorgegangen ist aus dem Friedensvertrag von Versailles, der sich hier nicht als ein Friedensvertrag, sondern als ein Vertrag des Kampfes erwiesen hat. Die ober-schlesische Bevölkerung hat im Laufe dieser Jahre eine Schuld an den Tag gelegt, für die es eine ausreichende Kennzeichnung nicht gibt. Gewiß hat die ober-schlesische Bevölkerung an dem Tage, wo zu Unrecht und mit Gewalt Oberschlesien in die Hände Polens geliefert werden sollte, wie es ihr natürliches Recht war, ihre Heimat mit der Waffe in der Hand verteidigt. (Lebhafter Beifall.) Ich denke, die im Kampfe für die heimatische Erde gefallenen sind! (Erneuter Beifall.) Der Kanzler hat dann den Reichstag, das Abkommen zu genehmigen, und dankte dann besonders dem Abgeordneten Szceponik für sein mutiges Bekenntnis zum deutschen Volkstum. Wer nun einem neuen Staatsverband angehört, so schloß Dr. Wirth, der wird diesem dienen, wie es seine Staatsbürgerliche Pflicht ist, aber das kann niemand diesem Volkstum wehren, daß es seine einige deutsche Zusammengehörigkeit pflegt in alle Zeit hinaus.

Nach dem Kanzler sprach die unabhängige Abgeordnete Frau Sender, die dem Abkommen zustimmte, aber lauten Protest im Hause hervorrief, als sie von einer Schuld Deutschlands an den Ereignissen in Oberschlesien sprach. Der deutsch-nationale Redner Abg. Hergt lehnte den Vertrag ab, weil er auf einer rechtswidrigen Entscheidung des Obersten Rates beruhe. Den gleichen Standpunkt nahm für die deutsche Volkspartei der Abg. v. Rheinbaben ein, während die Demokraten durch den Abg. Bohlmann ihre Zustimmung erklären ließen unter Betonung der feierlichen Rechtsverwahrung. Im selben Sinne äußerte sich der Vertreter der bayerischen Volkspartei Abg. Emminger. Als dann der Kommunist Böllin von einem „nationalistischen Hummel“ sprach, ertönten stürmische Proteste und viele Abgeordnete verließen den Saal.

In zweiter und dritter Beratung wurde hierauf der deutsch-polnische Vertrag mit Zweidrittelmehrheit gegen die Rechte und die Kommunisten angenommen.

Präsident Loebe knüpfte an die Feststellung der Annahme Worte der Trauer über den Verlust Oberschlesiens, die von den Abgeordneten und Regierungsvertretern stehend angehört wurden. Nur die Kommunisten und Unabhängigen blieben sitzen. Präsident Loebe schloß mit den Worten:

In Not getrennt, in Treue vereint! Unvergänglich möge diese Treue bleiben und drüben sein, unvergänglich auch die Rechtsverwahrung, die die Deutsche Regierung gegen die Teilung Oberschlesiens eingelegt hat. (Lebhafter Beifall.)

Nach debattelloser Annahme der mit dem Vertrag zusammenhängenden Rechtsabkommen wurde die Sonder Sitzung geschlossen.

Als der Abg. Dr. Beder-Hessen seine Äußerung, es gäbe Leute, die ohne Gewinn ihr Vaterland verraten, unterbrach, rief ihm der Abg. Breitscheid (U.-Soz.) zu: „Den meinen Sie?“ „Den, der sich getroffen fühlt“, erwiderte der Abg. Dr. Beder, worauf der Abg. Dr. Breitscheid erklärte: „Haben Sie doch den Mut, zu sagen, wen Sie meinen.“ — „Ich wiederhole“, erklärte Dr. Beder, „daß nur der gemeint sein kann, der sich getroffen fühlt.“ Der den Vorsitz führende Vizepräsident Dr. Well griff hier in die Auseinandersetzung mit dem heiter aufgenommenen Bemerkeln ein: „Ich nehme als selbstverständliches an, daß weder der Abg. Dr. Breitscheid noch der Abg. Dr. Beder bei solchen Vorwürfen an die Mitglieder des Hauses gedacht hat.“ Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen, fuhr Dr. Beder fort, soll doch wohl die Regierung verbinden, in Paris überhaupt weiter zu verhandeln. (Rufe bei den Deutschnationalen: Ohne Zustimmung des Reichstages!) Abg. Dr. Beder erklärte darauf, es wäre ein ungewöhnliches Verfahren des Reichstages, in dieser Weise ein ungewöhnliches Verlangen einzufügen. Wir behalten uns unsere Abstimmung vor, bis wir klarer sehen können. Er ging dann auf die Konferenz von Genua ein, wobei er bemerkte, die Ausschaltung der Reparationsfrage mußte der Konferenz ihren Hauptwert nehmen. Der Redner besprach ferner den Rapallo-Vertrag, der auch kein Erfolg von Genua sei, denn das sei ja schon alles vorbereitet worden. Der Redner betonte, daß seine Parteifreunde dem Vertrage nicht ohne Bedenken gegenüberstehen, und daß von Rußland verlangt werden müsse, daß es normale Rechtszustände schaffe. Hierauf ging der Redner auf die Pariser Verhandlungen ein und machte gegen sie verschiedene Bedenken geltend. Die Zwangsanleihe deckt doch nur in diesem Jahre einen Teil der Leistungen aus dem Friedensvertrage. Was soll in den späteren Jahren geschehen? Der Redner ging dann ausführlich auf die Reparationsfrage ein, wobei er darzulegen suchte, daß die jetzt angestrebte Lösung uns gar nichts nützen könne, da nach einigen Jahren wir abermals in derselben Lage wie heute uns befinden. Ohne eine grundsätzliche Änderung der uns auferlegten Reparationszahlungen werden wir nie eine größere Anleihe bekommen.

Reichstagsdebatte über Genua.

(223. Sitzung.)

CB. Berlin, 30. Mai.

Die zweite Sitzung des heutigen Tages, die eine Stunde nach der ersten mit der Kumbgebung über Oberschlesien ausfiel, begann, wurde eingeleitet mit der Erledigung kleiner Anfragen.

Abg. Schöpflin (Soz.) beschwerte sich darüber, daß vier Mitglieder des Auswärtigen Amtes im Salonwagen zur Konferenzbesprechung über die Frage der Regelung des Grenzverkehrs nach Konstanz gereist seien. Durch die Regierung wurde diese Tatsache zugegeben und dabei unter großer Heiterkeit des Hauses erwähnt, daß ohne Benutzung des Salonwagens eine Regelung dieser Frage nicht so leicht hätte geschehen können. Von den anderen Anfragen betrafen einige Verbrechen, die im besetzten Gebiet an Deutschen von Besatzungstruppen verübt wurden. In dem einen Falle, der die Erschießung eines deutschen Arbeiters namens Wagner in Bobenheim betraf, wurde geantwortet, daß der Täter, ein französischer Soldat, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Über die Tötung eines dreizehnjährigen Mädchens durch einen belgischen Gendarm in Duisburg wurde mitgeteilt, daß der Täter zu 7 Jahren Zuchthaus, Degradierung und einer Geldstrafe verurteilt worden sei.

Miðtrauensantrag der Deutschnationalen.

In der nunmehr beginnenden Weiterführung der Aussprache über Genua bemerkte Abg. Hoersch (Deutschn.), das wichtigste Thema der Konferenz sei eigentlich die Reparationsfrage gewesen. Die deutsche Reichsregierung behandelte leider diese Frage in ähnlicher Weise, wie sie uns über ihre Absichten bei den Pariser Reparationsverhandlungen durchaus im unklaren läßt. Das sieht so aus, als ob die Regierung nicht den Mut hätte, ihre Absichten vor dem Reichstage zu vertreten. Diese Verhöhnung des parlamentarischen Regimes machen wir nicht mit. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

Der Reichstag mißbilligt, daß die Regierung bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage in einer Weise verfährt, die mit den Rechten und der Verantwortlichkeit des Reichstages nicht zu vereinbaren ist. Unter diesen Umständen verleiht der Reichstag der Regierung das nach der Verfassung erforderliche Vertrauen. (Beifall rechts.)

Der Redner wies alsdann darauf hin, daß nach den Verhandlungen der französischen Kammer Poincaré für seine auf die Vernichtung Deutschlands gerichtete Politik eine große Mehrheit habe. Dagegen sei in der Welt deutlich eine politische Verschiebung wahrzunehmen, die auf eine Isolierung Frankreichs hinauslaufe. In der Note der deutschen Regierung vom 9. Mai sehen wir einen Beginn des zielbewußten Umfalls. Die große Frage ist die, wie wir die Noteninflation abstopfen können. Sie kann nur eingeschränkt werden durch eine Herabsetzung der für Deutschland unentgeltlichen Reparationsleistungen. Wir protestieren gegen die Reparationsabmachungen in der Richtung, wie sie jetzt in Paris eingeschlagen ist. Dann erwähnte der Redner, daß die deutsche Presse auf der Konferenz in Genua mit vollem Recht Beschwerde über das Verhalten des großen Apparates des amtlichen Pressedienstes geführt habe.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

14

(Nachdruck verboten)

Sie unterbrach sich; man hörte vor der Tür eine laute, harte Stimme, das Aufstoßen eines Krüdstodes — Marias Herz klopfte doch unwillkürlich ängstlicher, als jetzt der alte Graf in Rüdigers Begleitung herein kam, und wenige Augenblicke danach auch eine ältere und eine junge Dame; dies war Lella, die sich umgekleidet und in ein brennend rotes, phantastisch ausgestattetes Gewand gekleidet hatte. Fremd und reizvoll sah sie aus, wie eine seltene, exotische Blume.

Ottokar atmete erleichtert auf; hier erhoffte er Hilfe und Beistand. Bald hatte sich Maria gefaßt, und ohne Befangenheit errug sie die auf sie gerichteten, mustern den Blick. Das junge Mädchen fiel ihr auf durch die ungelenke und geringfügige Art, mit der es sie betrachtete; Maria fühlte eine versteckte Feindschaft, einen beleidigenden Gohnmut.

Das also war Maria Wirlberger, dachte Lella, diese blasse, verführte Frau mit den dunklen, stehenden Augen, in dem unmöglichen Regenmantel und dem Lodenhut! Sie lächelte in sich hinein; nein, diese Rivalin hatte ihre junge, gepflegte Schönheit nicht zu fürchten.

Man erwartete eine Anrede. Fest hielt sie die Hand des Anablen in der ihrigen.

Der alte Graf Altvorden räusperte sich: „Ich höre soeben, daß Sie gekommen sind, Madame, leider auch, hm, daß Sie sich weigerten, unsere Vorschläge anzunehmen.“

„Das tue ich auch heute noch, Herr Graf!“ entgegnete sie mit fester Stimme.

„Ja, ich bitte Sie, was wollen Sie denn, Madame Wirlberger?“

„Ich nenne mich Gräfin Altvorden!“ bemerkte sie mit starker Betonung des Namens, und die Röte des Unwillens stieg ihr ins Gesicht, und dies, mein Sohn, ist Ihr Onkel, Herr Graf!“

„Dies ist anmaßend!“ zischelte Lella so deutlich, daß Maria es hören mußte.

habe. (Sehr richtig!) Der Redner bemerkte, er persönlich halte den Abschluß des Vertrages mit den Russen für wichtig und zweckmäßig. Der Vertrag dürfe natürlich nicht zu propagandistischen Zwecken in Deutschland benutzt werden. Durch ihr Entgegenkommen für Frankreich heinunt die Regierung die für uns günstige Machtverschiebung, und darum versagen wir ihr unser Vertrauen.

Auf Vorschlag mehrerer Parteien wurde bestimmt, daß die Abstimmung über das Mißtrauensvotum auf Mittwoch zurückgestellt wird.

Abg. Crispian (U.-Soz.) wandte sich gegen den Kapitalismus und besonders gegen die deutschen Kapitalisten, denen der Redner unter dem lebhaften Widerspruch der Deutschen Volkspartei vorwarf, sie selbst wünschten eine Befreiung des Ruhrgebietes. Mit dem Rapallovertrag an sich seien er und seine Parteifreunde einverstanden, aber die Methoden beim Abschluß des Vertrages könnten nicht gebilligt werden. Mit kapitalistischen Mitteln ließe sich die Welt nicht lösen, sondern nur durch die Solidarität des internationalen Proletariats. Was darin unterstützte die Unabhängige Partei jede Politik, die im Sinne der Völkerverständigung liege und sich von Katastrophenpolitik fernhalte.

Abg. Dr. Beder-Hessen bestritt dem Abg. Marx gegenüber, daß die für Deutschland erzielten Fortschritte Erfolge der Erfüllungspolitik seien. Der Redner wies weiter die Angriffe des Abg. Crispian gegen die Deutsche Volkspartei zurück und erinnerte daran, daß der Vorredner in Leipzig selbst erklärt habe, er kenne kein Vaterland, das Deutschland heiße. Es gibt Leute, rief der Redner aus, die ohne einen Gewinn ihr Vaterland verraten.

Das „Schweigen“ des Kanzlers.

Preßestimmen zur Kanzlerrede.

Bei der Erörterung der Kanzlerrede über Genua befaßten sich die Parteiblätter vorwiegend mit der Frage, warum Dr. Wirth nur über Genua gesprochen, über Paris aber geschwiegen hat. Von rechts her wird dieses Verhalten scharf verurteilt, von links her sucht man es zu erklären und zu rechtfertigen.

Die Deutsche Tageszeitung spricht von einer „inhaltslosen Kanzlerrede“ und meint, derart ernüchtert wie an diesem Tage sei kaum jemals ein neuerer Tribünenbesucher nach Hause gegangen. — Die Tägliche Rundschau spottet: „Die machte der „Phönix“ Wirth einen so müden, einen so geduckten, verstockten Eindruck als diesmal, daß er aus dem Quaim der Hermes-Strasse sich eben gerade noch mühselig wieder emporhob. Auch war noch nie in der Lage war, eine der Kanzlerreden Wirths bedeutend zu finden, muß doch zugeben, daß die geistige, politische Höhenlage jeder früheren Rede Wirths hoch über dem war, was er diesmal über Genua und den Rapallo-Vertrag vortrug.“ — Die völksparteiliche Zeit sagt: „Es war Genua und nichts als Genua! Herr Dr. Wirth hätte, auch wenn er mit Engländern reden könnte, nicht sehr viel überraschendes mehr über diesen Gegenstand sagen können.“

Das Zentrumblatt Germania stellt demgegenüber fest, daß der Bericht des Kanzlers sich mit Erfolg einer großen Linie befleißigte, die sich vor einem Vertiefen in die Details hütete und damit der Gesamtbildung dieser Völkersprache um so besser gerecht wurde. — Auch das Berliner Tageblatt verteidigt das Schweigen des Kanzlers mit den Worten: „Der Staatsmann muß vieles nach innen hineinwachsen lassen, muß schweigen können zur rechten Stunde, muß vieles ungesagt sein lassen, weil die Verantwortung für eine ganze Nation auf ihn drückt. Von dieser Verantwortung hat sich auch der Reichskanzler leiten lassen.“ — Die Völkische Zeitung weist besonders auf die Vermittlerrolle hin, die die deutsche Delegation in Genua gespielt hat, und meint, es hätte nichts geschadet, vom Reichskanzler etwas einbringlicher zu hören, wie dauernd von den Regierungen des Westens die deutsche Delegation in Genua um ihre Vermittlung bei den Russen ersucht worden ist. — Der Vorwärts erwartet von der Opposition auf der Rechten, sie werde einsehen, daß sie durch eine Aufrollung der Reparationsfrage das Kabinett doch nicht sprengen kann. Wenn die Opposition der Rechten ein wenig Rücksicht auf das nehmen wollte, was sie selbst die „völkischen Belange“ nennt, werde sie sich hüten, eine weit ausgefallene Debatte über ein noch ungebaut Haus hervorzujagen.

Eine Anmerkung besonderer Art leistet sich die unabhängige Freiheit. Das Blatt spielt die Rede des Kanzlers gegen den Finanzminister Hermes aus und schreibt u. a.:

„Der Kanzler polemisierte gegen die Politik der Termine, die immerfort mit Gewalt drohe. Darin witterte Wirths auf der Ministerbank sitzender Antipode Hermes, nach seinem Gesichtsausdruck zu urteilen, offenbar eine Spitze gegen seine Pariser Abmachungen, die bezüglich des Stichtages für die schwebende Schuld eine Fortsetzung dieser Terminpolitik bedeutet. Offensichtlich fühlt sich Hermes — frei nach Heffnerich — durch den Kanzler öffentlich „geohrfeigt“.“

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Erhöhung der Leistungen.

Im Reichstagsausschuß für Sozialpolitik wurden die infolge der Geldentwertung notwendigen Gesehtwürfe behandelt. Nach dem schließlich beschlossenen Wortlaut des

„Anmaßend finden Sie es, wenn ich mich bei meinem Namen nenne?“ Maria hestete groß und ruhig den glänzenden Blick auf das Mädchen, das sich erlaubte, ihre Worte zu kritisieren.

„Dazu eben haben Sie kein Recht, Madame, nicht das geringste!“ sagte der alte Graf erregt. „Mein Sohn hat Ihnen das doch bei seinem letzten Besuche klar gemacht!“ Er wandte sich an Rüdiger: „Bitte, sprich du und erkläre nochmals, falls du nicht richtig verstanden wurdest!“

Gleichgültig stand der da, mit lässig gekreuzten Armen, als ginge ihm dies alles nichts an; doch seine klugen Augen beobachteten lebhaft.

„Ich habe mich bereits geäußert und ich pflege mich nicht zu wiederholen“, bemerkte er kühl.

„Es ist nicht nötig, den Herrn Grafen nochmals zu bemühen, da ich ihn bereits genügend verstanden habe.“

„Dann hätten Sie sich und uns diese für beide Teile doch peinliche Begegnung ersparen können“, polterte der alte Graf, „was wollen Sie denn noch?“

„Was ich will? Mein Recht will ich. Den Vater meiner Kinder! Ich bin gekommen, ihn an seine Pflicht zu erinnern. Veinabe zwei Jahre ist er seiner Familie fern geblieben.“

„Er war krank und konnte in der Enge und Dürftigkeit seiner Umgebung nicht gefunden. Darauf habe ich Rücksicht genommen und habe ihm alles verziehen, vorausgesetzt, daß er wieder bei uns lebt! Für Sie und Ihre Kinder wollen wir sorgen.“

„Sehr gütig — doch ich nehme keine Almosen an. Graf Rüdiger kennt meine Ansicht ganz genau. — Ich bin keine lässig gewordene Geliebte, die man mit Geld abzusuchen sucht!“ rief sie entrüstet, „und ich gebe die Ansprüche an meinen Mann nicht auf. Ottokar wird hoffentlich wissen, was er mir schuldig ist.“

In peinlicher Verlegenheit stand er da. Er fühlte Lellas drängende Augen — er mußte sich erklären.

„Maria, ich habe dir doch vorhin alles auseinandergelegt! So sei doch die vernünftige Frau, die ich stets in dir bewundere!“

„Und ich habe dich vorhin um ein kurzes bündiges „Ja“ oder „Nein“ gebeten! Du bist mir ausgewichen. Jetzt frage ich dich nochmals in Gegenwart deiner Familie: willst du wirklich den unannehmerlichen Entschluß

Gesehtwürfes erhalten weibliche Versichert, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Wochen hindurch auf Grund der Reichsversicherungsbildung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, als Wochenbeihilfe:

1. Ärztliche Behandlung, falls solche bei Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird; 2. einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 250 Mark; findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu den Kosten Schwangerschaftsbeschwerden 50 Mark zu zahlen. 3. Ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 6 Mark täglich, für 10 Wochen, von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Solange sie ihren Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 8 Mark täglich, bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft.

Der ebenfalls vorliegende Gesehtwurf über Wochenfürsorge schließt sich im wesentlichen an die bisher geltenden Vorschriften an. In sachlicher Beziehung bringt der Entwurf mit Rücksicht auf die Geldentwertung eine Herabsetzung der Einkommensgrenze, bis zu der die Wöchnerin als minderbemittelt zu gelten hat. Dabei erhöht er nicht den Grundbetrag dieser Grenze, wohl aber den für jedes schon vorhandene Kind hinzukommenden Zuschlag. Entsprechend dem Entwurf über Wochenbeihilfe wird der Pauschbetrag bei Entbindungen und Schwangerschaftsbeschwerden auf 250 Mark, der Betrag des Stillgeldes auf 8 Mark heraufgesetzt.

Rosa Luxemburgs Uhr.

§ Berlin, 30. Mai.

Vor der Strafkammer des Landgerichts II begann heute der Prozeß gegen die beiden früheren Offiziere Krull und Bracht, über dessen Vorgehichte wiederholt berichtet worden ist. Leutnant Krull wird beschuldigt, die Uhr der ermordeten Rosa Luxemburg entwendet und verschiedene Papiere und Photographien aus dem Besitz der Ermordeten an sich gebracht und vernichtet zu haben. Er bestreitet seine Schuld und will die Uhr am Tage der Ermordung Rosa Luxemburgs nur an sich genommen haben, um sie später den Angehörigen der Luxemburg zuzuführen. Er habe sich dann aber geirrt, die Uhr zurückzugeben, weil er fürchtete, in den Verdacht der Ermordung Rosa Luxemburgs zu geraten. Und er stand ja tatsächlich unter diesem Verdacht, mußte aber wegen Mangels an Beweisen nach achtmonatiger Untersuchungshaft wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die ominöse Uhr tauchte dann eines Tages in der Redaktion der Roten Fahne auf: der militärische Oberleutnant Bracht hatte sie dorthin gebracht. Was die entwendeten Bilder, Postkarten und Zeugnisabschriften betrifft, so will Krull sie in der Wohnung der Luxemburg gefesselt einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt, dann als „Trophäen“ behalten und schließlich als wertlos vernichtet haben.

Eingeleitet wurde der heutige Prozeß durch ein „außergerichtliches Verfahren“, das der Vorwärts gestern eröffnete und heute zum Abschluß brachte. Er veröffentlichte nämlich ein in Gegenwart eines seiner Redakteure aufgenommenes Protokoll einer Aussage des Jägers Ronge, der, wie man sich erinnern dürfte, an der Ermordung Liebknechts und der Luxemburg beteiligt gewesen sein soll. Die wortgetreue Wiedergabe der Aussage bringt im wesentlichen nur Bekanntes. — Ronge behauptet, daß man versucht habe, ihn zum Sündenbock für die beteiligten Offiziere Vogel, Krull usw. zu machen. Man habe ihm nahegelegt, zu schweigen und die Tat auf sich zu nehmen; er würde dann 100 000 Mark bekommen, und es würde ihm nichts geschehen. Er verlange jetzt, daß das Verfahren gegen ihn wieder aufgenommen werde. Er sei nicht der Mörder. Soweit er an dieser Schandtat beteiligt gewesen sei, sei er nur das Werkzeug der Offiziere, die mit Befehlen und Drohungen auf ihn eingewirkt hätten, gewesen. Krull sei tatsächlich der Haupttäter und nächt ihm die Offiziere Vogel, v. Pilgk-Hartung, v. Rittgen, v. Stieger, Schulz und Viepmann. Er sei bereit, das alles jederzeit zu bezeugen.

Infolge dieser Aussagen Ronges hat, wie verlautet, das Berliner Polizeipräsidium von neuem die Ermittlungen in den erwähnten Mordfällen aufgenommen, da mehrere von Ronge behaupteten Tatsachen dringend der Aufklärung bedürfen.

Totales und Provinzielles.

Salzer, den 1. Juni 1922.

Elsternverschaltungen im Juni. Die Zeit der hellen Nächte rückt wieder heran. Nur noch wenige Wochen, und die Tage nehmen wieder ab. Die Auf- und Untergangszeiten der Sonne sind am 1. d. Mts. 3 Uhr 36 Min. und 8 Uhr 9 Min., am 11. d. Mts. 3 Uhr 40 Min. und 8 Uhr 10 Min., am 21. d. Mts. 3 Uhr 39 Min. und 8 Uhr 24 Min., am 30. d. Mts. 3 Uhr 42 Min. und 8 Uhr 24 Min. Am 22. mor-

guthelken, der deine Frau mit Schmach bedeckt und deinen Kindern den ehelichen Namen raubt? — Willst du die Nichtigkeit unserer Ehe erklären und dich von mir ohne weiteres lossagen, als seien die fünfzehn Jahre unseres gemeinsamen Lebens ganz aus deinem Gedächtnis gestrichen? Hier, sieh deinen Sohn an, und dann habe noch den traurigen Mut, ja zu sagen!“

Gebietend, fordernd und stehend zugleich sah ihn ihre großen, dunklen Augen an. Aus ihrer Stimme klang zornige Entrüstung; doch um ihre Mundwinkel zitterte der Schmerz. Und in ihrem Herzen lebte noch immer die große, verzehrende Liebe.

Ottokar wandte sich in peinlichster Verlegenheit ab. Sie tat ihm so leid — doch sie war ihm fremd geworden. Und Lella lachte und winkte — Lella, die er so heiß begehrt, daß er das über alles vergaß, daß er für die andere nichts mehr fühlte, als ein schwaches Mitleid.

„Komödie!“ rief Lella halblaut. Der alte Graf nickte zustimmend. „Madame, an Ihnen ist eine gar geschickte Schauspielerin verloren gegangen.“ Hart und schneidend, voller Hohn, durchschnitt seine Stimme die schwere Pause, die Marias Worte folgte.

Die Frau suchte zusammen in Empörung und Schmerz. Doch sie nahm ihre ganze Kraft zu Hilfe, um ihre Selbstbeherrschung nicht zu verlieren. Sie richtete sich hoch auf, und mit edler Würde sprach sie: „Die Gefühle einer beleidigten Frau und Mutter sind Ihnen so unverständlich, Herr Graf, daß Ihnen als Komödie erscheint, was meines Lebens Jammer ist! — Und dieser jungen Dame wünsche ich nicht, daß sie je ähnlich Schweres zu ertragen haben sollte wie ich!“ Zu Ottokar fuhr sie fort: „Warum wird es dir so schwer, das eine Wort auszusprechen, das meiner Not ein Ende macht?“ In schmerzlichem, fassungslosem Staunen sah sie sein Zögern. Was war es doch gewesen, was ihn so verändert hatte?

Da trat Erich zu ihm hin.

„Papa denke an uns und denke an Vori! Mama spricht zu uns immer von dir — wir haben so sehr auf dich gewartet.“

Graf Ottokar legte die Hand über die Augen; seine Gestalt durchlief ein Ritteln; er stöhnte.

Fortsetzung folgt.

Welt- und Volkswirtschaft.

Vörienplätze	30. 5.		29. 5.		Stand v. 5. 12
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland .. Guld.	10511,80	10538,20	10936,30	10963,70	170 M.
Dänemark .. Kron.	5972,50	5987,50	6142,50	6157,70	112
Schweden .. Kron.	7001,20	7018,80	7265,90	7284,11	112
Norwegen .. Kron.	4833,95	4946,05	5033,70	5046,81	112
Schweiz .. Franc	—	—	5363,25	5376,75	72
Amerika .. Doll.	271,18	271,85	280,14	280,86	4,40
England .. Pf.	1203,45	1206,55	1248,40	1251,60	20,20
Frankreich .. Franc	2484,35	2490,65	2531,75	2538,25	80
Belgien .. Franc	2307,10	2312,90	2374,50	2380,50	80
Italien .. Lire	1423,20	1431,90	1478,15	1481,85	80
Österr. .. Kron.	2,35 1/2	2,39 1/2	2,58	2,62	85
Ungarn .. Kron.	83,75	83,85	84,20	84,31	85
Tschechien .. Kron.	525,30	526,70	538,80	540,20	85

Berlin, 30. Mai. (Stand der Polnischen Mark.)

Polenmarkt an der heutigen Börse mit 8,85 Pf. bewertet.
 * Berliner Produktenbörse vom 30. Mai. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 690. Matt. Roggen, märkischer, pommerischer und schlesischer 540. Matt. Sommergerste 610—620. Weizen, safer, märkischer 565—575. Sietig. Mais ohne Probenienangabe prompt 455—445 ab Hamburg. Matt. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 1800—1910. Feinje Marken über Notiz bezahlt. Matt. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 1225—1325. Matt. Weizenmehl frei Berlin 390—400. Abgeschwächt. Roggenmehl frei Berlin 400—405. Abgeschwächt. Rapz 1190—1150. Etwaß feiner. Leinsaat 1140—1190. Rubig. Erbsen, Victoria 640—690. H. Speiserbsen 560—575. Futtererbsen 540—570. Lupinen, blau 475—500, desgl. gelb 570—640. Serradella, neue 900—1050. Rapzfuchen 400—425. Leinsuchen 720—720. Trodenschnittel 345—370, vollw. Zunderschnittel 525 bis 565. Torfmelasse 30—70 175—185. Raubhutter. (Nicht-antisch.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: drahtgepr. Roggen- u. Weizenstroh 120—130, desgl. Haierstroh 120—130. Hindischengr. Roggen- u. Weizenstroh 110—125.

gebünd. Roggenlangstroh 120—130 M., Säffel 165—175 M., handelsüb. Heu 230—260 M., gutes Heu 260—280 M.

* Neue Vorschriften über den Kartoffelanbau. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat in einer neuen Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln die Vorschriften über den Anbau von Kartoffeln für das kommende Wirtschaftsjahr wesentlich verschärft. Nach der neuen Verordnung bedürfen zum Großhandel mit Kartoffeln vom 1. August 1922 ab sämtliche Personen, auch die Inhaber der Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln, einer neuen besonderen Erlaubnis. Neu ist die Bestimmung, daß auch der Landwirt sich strafbar macht, der an Aufkäufer Kartoffeln verkauft, die sich nicht als Inhaber einer Aufkaufserlaubnis ausweisen können; ebenso die Bestimmung, daß der Anbau von Kartoffeln innerhalb des eigenen Kommunalverbandes konzeptionspflichtig ist. Die neuen Bestimmungen sollen am 1. August in Kraft treten.

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.



M.-G.-V. „Eintracht“
Winzenberg-Meinerzhagen.

An den Pfingsttagen
großer nationaler
Gesang-Wettstreit
verbunden mit
Solisten-Wettstreit

Samstag, den 3. Juni, abends punkt 1/9 Uhr
**Fahnenweihe m. nachfolgendem
Solistenwettstreit.**

Pfingstsonntag, den 4. Juni, morgens 9 Uhr,
beginnend in der Festhalle (Spielplatz)
**Klassensingen der Quartett-,
4. und 3. Klasse.**

Nachmittags punkt 1/2 Uhr
Klassensingen der 2. u. 1. Klasse.
Anschließend Ehrenpreissingen und
Hauptehrenpreissingen
sämtlicher Klassen.

Abends 9 Uhr:
— **Großer Festball in der Festhalle.** —
Pfingstmontag, morgens 10 Uhr:
Preisverteilung in der Festhalle.
Nachm. 3 Uhr beginnend mit dem Jahrmarkt:
— **Großer Festball in der Festhalle.** —

Eintrittspreise:
Fahnenweihe u. Solistenwettstreit 12 M. ansschl. Steuer
Wettstreit Pfingstsonntag vorm. 9 M. „
„ nachm. 20 M. „
„ vor- u. nachm. 24 M. „
Festball Pfingstsonntag 9 M. „
Pfingstmontag 10 M. einschl. Steuer
Passe-Partoutkarten 50 M. ohne Steuer

Kinder unter 14 Jahren haben zu unseren
Festlichkeiten durchaus keinen Zutritt. —
Während des Wettstreits ist das Rauchen
streng untersagt. — Die Musik wird von dem
hiesigen Musikverein ausgeführt.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Der Festausschuß.

Wir sind billig
durch rechtzeitigen Einkauf und geringe Spesen

WASCH- und Voileblusen
mit Jabot, mit Spitzen und Bandgarnitur
390.- 275.- 195.- 175.- 85.- **55.-**

Voilekleider in allen Farben
890.- 790.- 625.- **350.-**

Mäntel impr. Alpaca, Tuch, Cheviot für Kinder, Back-
fische und Damen
1450 950 775 590 498 **350.-**

Anzüge
aus prima Stoffen weit unter Tagespreis **1875 1450 975.-**

Anzüge tadelloser Sitz la verarbeitet **2975 2450 1975 1650.-**

Hosen schicke Streifen **850 690 425 250 165.-**

Besuchen Sie uns!

MÜNCH-BERG
12 Hagen, Elbertfelderstr. 12

**Bereiniung
ehem. Kriegasge'angener
Ortsgruppe Halver.**

Freitag, den 2 Juni
abends 8 Uhr im Hotel
zur Post **außerordentliche
Generalversammlung.**
Das Erscheinen eines
jeden Kameraden ist er-
forderlich. Der Vorstand.

Zum möglichst baldigen
Eintritt suche ich für meinen
Haushalt (eine Person) ein
älteres erfahrendes
Mädchen,
welches solchen selbständig
führen kann
Otto Steinbach,
Oberbrügge.

Am 2. Pfingsttage
findet in der Sommerfrische
Buschhausen
Ball
statt
— Anfang 5 Uhr. —
Es ladet freundlichst ein
C. Werthmann,
Buschhausen.



Nachruf!

Jak. 1, V. 12.
Am Dienstag morgen wurde eines un-
serer ältesten Mitglieder
Karl Fr. Riedel
zu Stichterweide
durch den Tod von seinem langen schweren
Leiden erlöst. Sein schlichtes einfaches
Wesen und sein Gottvertrauen waren uns
vorbildlich. Wir bewahren unserm Freund
und Bruder ein ehrendes Andenken.
Der evgl. Männer- u. Jünglingsverein Halver.
An der am Freitag nachmittags 3 Uhr,
vom Sterbehause aus stattfindenden Beerdi-
gung wollen die Mitglieder zahlreich teil-
nehmen.

Am Pfingst-Samstag
bleiben unsere Kassen
geschlossen.
Die Sparkassen
des Kreises Altena
u. der Stadt Lüdenscheid.

Bekanntmachung.
Da wegen Behinderung des Vorsitzenden voraus-
sichtlich im Monat Juli keine Sitzung des Miets-
einigungsamts und Kleingartenschiedsgerichts stattfindet,
wird ersucht, etwaige eilige Anträge bis spätestens 15
Juni d. Js. beim Schriftführer einzureichen. Anträge,
welche die Festsetzung der „gesetzlichen“ Miete gemäß dem
am 1. Juli in Kraft tretenden Reichsmietengesetz zum
Gegenstand haben, werden zweckmäßig erst im Juli
gestellt.
Halver, den 30. Juli 1922.
Das Mieteinigungsamt
für den Amtsbezirk Halver.

Die Firma Cordt & Huppert zu Mählenschmidt-
hausen a. H. R. A. 71 ist am 19. April 1922 im
Handelsregister gelöscht.
Das Amtsgericht Meinerzhagen.

Landwirtsjohn,
Auf dem Wege von
Mitte der 30er, sed., evgl.,
wünscht auf diesem, nicht
mehr ungewöhnlichen Wege
die Bekanntschaft einer
Dame oder jung. Witwe
mit 1—2 Kindern zwecks
späterer Heirat Einheirat
in kleine Landwirtschaft an-
genehm. Verschw. Ehrensache.
Off u. C. D. 6 an d. Ge-
schäftsst. d. Allg. Anz. Halver.

Haarpfeil
verloren.
Wiederbringer erhält Be-
lohnung.
Abzugeben in der Ge-
schäftsst. d. Allg. Anz. Halver.

Verloren!
Am 13. v. Mts. auf der Straße Kierspe-Halver-
Breckersfeld ein
Portemonnaie mit Schlüssel und Ring
verloren gegangen. Finder erhält gute Belohnung.
Näheres zu erf. i. d. Geschäftsst. d. Allg. Anz. Halver.

Tanz-Unterricht
Den geehrten Bewohnern
von Schalksmühle und
Umgebung zur gefl. Kennt-
nisnahme, daß ich Don-
nerstag, den 2. Juni,
abends 8 Uhr im Lokale
des Herrn Antem einen
modernen
Tanz-Kursus
eröffne. Garantiere für gutes
und sicheres Erlernen aller
modernen Tänze.
Hochachtungsvoll
Karl Geitmann, Lüdenscheid
Lehrer d. mod. Tanzkunst.

Die nunmehr bekannte
Person, welche am Himmel-
fahrtsabend auf dem Wege
v. Oberbrügge nach Ehing-
hausen die verlorenen
Gürtelweste
mit goldener Uhr
(altes Andenken)
und silb. Geldtäschchen
aufgehoben hat, wird auf-
gefordert, die Sachen inner-
halb 3 Tagen in der Ge-
schäftsstelle abzuliefern,
andernfalls Anzeige erfolgt.

**Drogerie
H. vom Hofe,**
Schalksmühle
Bahnpoststr. 2 Telefon 178
empfiehlt zum Fest:
Rosinen (Sultaninen)
Rosinen (Eleme)
Korinten, Citronat,
Mandeln,
Citronen-Essen,
Mandeln-Essen,
Vanillestangen,
Gewürzbohnen, Zimmt,
Kokosflocken.
Alle Dethers Fabrikate
Salatöl, löse u. in Flaschen,
Himbeersaft, löse.
Feine Toilettenseife und
Parfümerien.

Total-Ausverkauf wegen Aufgabe
des Geschäfts
in
sämtlichen Kolonial-, Kurz- und Schreibwaren.
Ferner verkaufe einige Schränke, Ausstellkasten usw.
Rob. Fernholz, Kierspe-Bahnhof.

Sitzung
der Gemeinde-Vertretung Halver
am Mittwoch, den 7. Juni 1922, nachmittags 3 Uhr
im Sitzungssaale des Amtshauses.
Tagesordnung:
1. Gewerbesteuerordnung.
2. Dedung des Fehlbetrages für 1922.
3. Kanalbenutzungsgebührenordnung
4. Erhebung von Steuervorschüssen.
5. Schulangelegenheiten.
6. Veräußerung von Grundeigentum.
7. Wasserwerksangelegenheit.
8. Beihilfenantrag.
9. Wahlen
Halver, den 31. Mai 1922
Der Gemeinde-Vorsteher.

Hiermit unterfage ich jedermann, meine Obst-,
Garten- und Teichanlagen bei Kierspe-Ort, Ein-
denstraße zu betreten
Insbesondere seien die Ziegenhalter und die Eltern
von Schulkindern und halbwüchsigen Burschen gewarnt,
da sie für den Schaden aufzukommen haben.
Friedr. Ernst Häusler
Kierspe-Bahnhof.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Heimgange unserer lieben
Entschlafenen besonders für die trost-
reichen Worte des Herrn Pastor Pels-Leusden
sagen wir allen unsern
herzlichen Dank.
Familie Aug. Eichhoff,
Feld b. Oberbrügge.

Erhalte in den nächsten
Tagen ein Waggon
Futtermehl.
Bestellungen nimmt schon
jetzt entgegen.
Wilh. Becker,
Schneiderbach b. Kierspe-Bhf.

**Ronditorei
und Caffee**
zu mieten gesucht.
Angebote unter A. R.
an die Gesch. d. Allg. Anz.
Halver.